

Die Bildungsreform ist noch lange nicht unter Dach und Fach

Die Regierung braucht für den Beschluss die Stimmen einer großen Oppositionspartei. Das wird schwierig.

WIEN. Die Regierung hat ihre Bildungsreform wie versprochen am 17. November auf den Tisch gelegt. Doch viele Details sind noch unklar und die Reaktionen auf die Bildungspläne sind gespalten. Zuerst muss sich die Regierung aber auf die Suche nach parlamentarischer Unterstützung für ihr Reformunternehmen machen.

1. Ist die Zweidrittelmehrheit im Nationalrat fix?
Die Bildungsreform ist noch lange nicht beschlossene Sache. Denn für einen Teil der Reform sind Änderungen der Bundesverfassung notwendig, etwa für die Neuordnung der Schulverwaltung und die Modellregionen für die gemeinsame Schule. Und so müssen SPÖ und ÖVP mit den Oppositionsparteien, allen voran den Grünen oder den Freiheitlichen, eine Einigung finden. Wobei die Freiheitlichen bereits wenig Begeisterung, der Reform zustimmen, gezeigt haben.

Anders sieht das bei den Grünen aus. Diese sind durchaus Gesprächsbereit. Der grüne Bildungsexperte Harald Walser will dabei aber noch massive Änderungen durchsetzen. Vor allem die Modellversuche für die Gesamtschule wollen die Grünen so nicht akzeptieren. Dass diese maximal 15 Prozent der Schulen und 15 Prozent eines Bundeslandes erfassen sollen, ist ihm zu wenig. Insbesondere bei kleinen Bundesländern wie Vorarlberg, wo die Landesregierung ein landesweites Modellprojekt starten möchte, reiche das nicht aus. „Es muss möglich sein, dass Bundesländer zu Modellregionen werden“, fordert Walser. Außerdem fordert Walser die „Entpolitisierung“ der Schulverwaltung, ein Jahresar-

beitszeitmodell für Lehrer statt der „Ersbenschulung“ mit den gehaltenen Stunden und die Abschaffung der schulautonomen Tage.

2. Wie funktionieren die Bildungsdirektionen?
Als „hybride Zweiteinstufige“ stuft der Verfassungsexperte Peter Bußjäger vom Föderalismusinstitut Innsbruck die neuen Bildungsdirektionen ein. Landes- und Bundesbedienstete sollen dort gemeinsam Landes- und Bundesrecht vollziehen und die Landes- und Bundeslehrer verwalten.

„Aus Sicht des Föderalismus hätte es schlimmer kommen können“, sagt Bußjäger. Allerdings habe es eine derartige gemischte Bund-Länder-Behörde in Österreich noch nie gegeben. Zwar würden auch die Bezirkshauptmannschaften als Landesbehörden Bundesrecht vollziehen. Aber eine Behörde, die in sich gemischt sei, stelle ein Unikum dar und werfe viele Fragen auf. Präsident der Bildungsdirektion könne der Landeshauptmann sein, während der Bildungsdirektor selbst dem Unterrichtsministerium in Wien weisungsgebunden sei. Das spieße sich, warnt Bußjäger, der auch bezweifelt, ob SPÖ und ÖVP für dieses Modell überhaupt eine Zweidrittelmehrheit im Parlament finden werden.

3. Was sagen Experten zur neuen Schulautonomie?
Ein großer Wurf sei die Bildungsreform nicht, sagt die Bildungsexpertin und frühere AHS-Direktorin Heidi Schrodt. Was fehlt, sei die Gesamtzielsetzung: Was wollen wir in den nächsten 20 Jahren erreichen? Im Großen und Ganzen werde alles so bleiben, wie es ist, sagt sie. Mehr

Schulautonomie sei zwar der richtige Weg – das, worauf man sich geeinigt habe, sei aber „keine richtige Schulautonomie“. Denn da hätten Direktoren nicht nur ein Vetorecht bei der Einstellung von Lehrern, sondern die Schulen könnten sich die Lehrer selbst aussuchen und hätten ein Globalbudget. Auch Bildungsforscher Stefan Hopmann hätte sich „mehr Mut“ gewünscht, auch wenn er gerade bei der Schulautonomie froh ist, dass „das Thema einigermaßen unzertrümmert aufrechterhalten“ worden ist. Grundsätzlich könnten aber sogar gegenteilige Effekte eintreten, gibt er zu bedenken. Wenn man in dem in Österreich traditionell stark regionalisierten Bildungssystem jetzt

„Aus Sicht des Föderalismus hätte es schlimmer kommen können.“

Peter Bußjäger, Verfassungsexperte

mehr Verantwortung an die Schule übertrage, gleichzeitig aber „die Haltbarkeit der Schulleitungsfunktion begrenzt (Direktoren sollen künftig für fünf Jahre bestellt werden, Anm.) und neue Kontrollmechanismen einführt“, könnte das die Schulen, „die nicht die Strukturen verändern, sondern nur an Stellschrauben drehen können“, gewissermaßen lähmen. Als Schulleiter müsse man sich in dieser Situation gut überlegen, wie viel Risiko man auf sich nehme. „Denn ich werde ja haftbar dafür gemacht, wenn nicht rauskommt, was hätte rauskommen sollen“, erklärt Hopmann. Aus der vermeintlichen neuen Freiheit könnte daher Zurück-

haltung werden. Dass mehr Freiheit zu konformerem Verhalten führen könne, sei zwar auf den ersten Blick paradox, aber auch nicht überraschend, erklärt Hopmann.

4. Was sagen Fachleute zu den Modellregionen?
Dass es künftig Gesamtschul-Modellregionen geben soll, die bis zu 15 Prozent aller Standorte der jeweiligen Schulart (Volksschule, Sonderschule, NMS, AHS) sowie 15 Prozent aller Schüler der jeweiligen Schulart umfassen können, halten die Experten ebenfalls für bedenklich. Denn die nicht flächendeckende Einführung von Modellregionen werde vermutlich nur noch mehr soziale Selektion bringen. Wenn nun ein Teil der AHS-Unterstufe ohne Zustimmung der Eltern in Modellregionen umgewandelt werde, werde es zu einer Verknappung der Gymnasiumsplätze kommen. Menschen, die dem neuen Modell nicht vertrauen, würden dann umso stärker in Richtung Privatschulen tendieren (die nicht teilnehmen müssen).

Ähnlich sieht das Heidi Schrodt. Die Gefahr der stärkeren sozialen Segregation bestehe, sagt sie. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll und wie man genügend AHS finden will, die das mitmachen“, sagt sie. Dass nicht ein ganzes Bundesland Modellregion werden könne, sei „eine bittere Pille“, sagt die Gesamtschul-Befürworterin, für die die geplanten Modellregionen sogar eher ein „Rückschritt“ sind. Denn sie würden das aktuelle System für die nächsten zehn bis 15 Jahre zementieren. Zur Erklärung: Geplant ist, dass die Modellregionen nach zehn Jahren evaluiert werden. Für Hopmann hat

SN-THEMA
Bildungsreform

O-TON

„Vieles wird nicht so kommen, wie es präsentiert wurde.“
Neos-Abgeordneter
Nikolaus Scherak

„Die Pläne zu den Modellregionen für die gemeinsame Schule sind eine gefährliche Drohung.“
Team-Stronach-Klubobmann
Robert Lugar

„Jetzt haben wir einmal den Fuß in der Tür, dass es kein grundsätzliches Nein mehr zur gemeinsamen Schule gibt seitens der Konservativen. Das ist eine Menge wert.“
Der Wiener Bürgermeister
Michael Häupl (SPÖ)

„Wenn nun ein Teil der AHS-Unterstufen ohne Zustimmung der Eltern in Modellregionen umgewandelt wird, kommt es zu einer Verknappung der Gymnasiumsplätze. Menschen, die dem neuen Modell nicht vertrauen, werden dann umso stärker in Richtung Privatschulen tendieren.“
Bildungsforscher
Stefan Hopmann

„Insgesamt sind die Pläne zur Reform aber deutlich mehr geworden als befürchtet. Aber nicht das, was wir erhofft haben. Jetzt brauchen wir einen breiten Diskurs über die Umsetzung.“
Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

„Hier werden Schulpartner und Elternrechte mit einem Federstrich weggewischt.“
Elisabeth Rosenberger, Vorsitzende des Verbands der Elternvereine an den höheren und mittleren Schulen.

„Bei den Modellregionen plant man leider auf halbem Weg stehen geblieben.“
Bernd Wachter
Caritas-Geschäftsführer

„Sammelurium an Überschriften und Scheinaktivitäten ohne jedwede inhaltliche Substanz.“
Walter Rosenkranz
FPÖ-Bildungssprecher

Bildungsreform – Eckpunkte



Weitere Punkte

Modellregionen für Gesamtschule in jedem Bundesland möglich; Einschränkung auf 15 Prozent der Standorte bzw. Schüler pro Schulform

Zweites „verpflichtendes“ Kindergartenjahr „Opt-Out“-Möglichkeit für Kinder ohne Förderbedarf

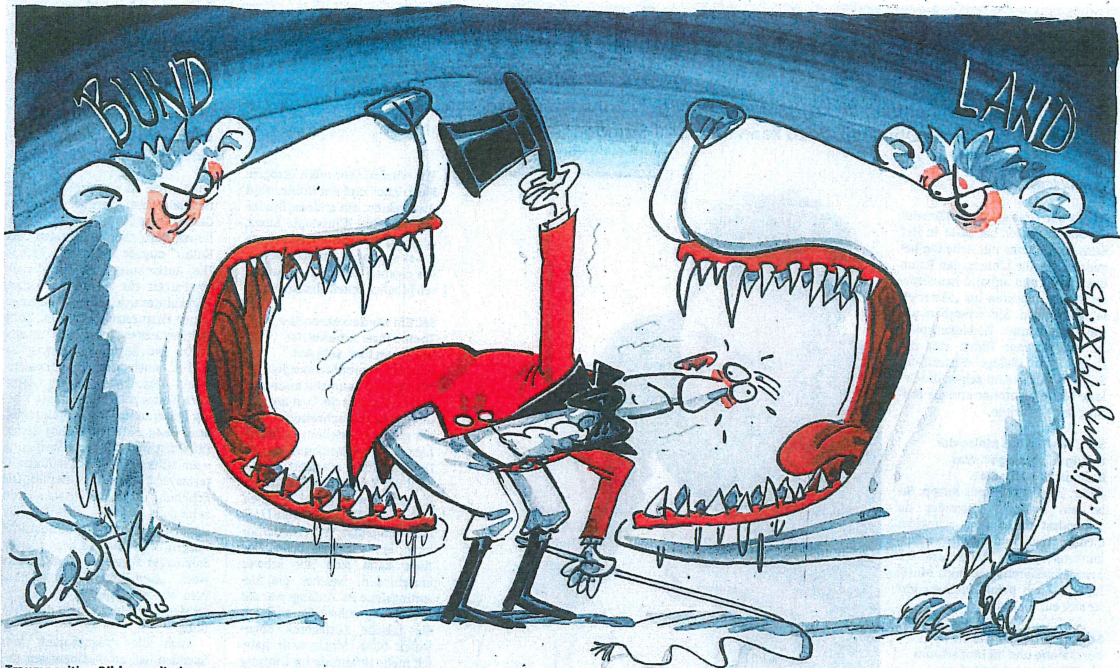
Schulautonomie-Paket
Lehrplan: Abweichungen möglich (Volksschule bis 5%, AHS-Oberstufe/BMHS bis 20%, NMS/AHS-Unterstufe bis 33%)
Personal: Vetorecht der Direktoren bei Lehrer-Neubestellungen
Finanzen: Umwandlung von Lehrpersonal in Supportpersonal im Ausmaß von 5% möglich; Globalbudget für Sachaufwand

Grafik: SNA/PA, Quelle: APA/Bundesregierung

Was ändert sich künftig in den Kindergärten?

WIEN. Für die Kindergärten heißt es bis 2016 warten. Erst dann wollen Bund und Länder Bildungsziele vereinbart haben, was die Kleinsten in Kindergärten motorisch, sprachlich und intellektuell beherrschen sollen. Kindergartenpädagogen sollen diese Fähigkeiten überprüfen und jedem 3,5 Jahre alten Schützling seinen „individuellen Bildungskompass“ erstellen.

Das Rüstzeug dafür sollen sie weiter an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik (BAKIP) bekommen, einer fünfjährigen Schule, die mit Matura abschließt. Lehren sollen dort aber nur noch Akademiker. Es könnte zudem einen neuen Titel geben, ähnlich dem Ingenieur nach der HTL. Studieren sollen künftig nur die Kindergartenleiter – an welcher Institution und wie lang ist offen. Zudem soll die Ausbildung der Kindergartenhelfer vereinheitlicht werden.



Traumposition Bildungsdirektor...

WWW.SALZBURG.COM/WIZANY

dieser Plan eher den Charakter einer „Nichtentscheidung“.

5. Was sagt der Direktor eines Elitelymnasiums?
Seit seiner Gründung 1746 bildet das Gymnasium „Theresianische Akademie“, kurz Theresianum, die Elite aus, auch wenn es heute Maturanten und keine Beamten und Soldaten mehr hervorbringt. Umso erstaunlicher, dass sein Direktor, Andreas Schatzl, betont, „Neuerungen im Schulsystem aufgeschlossen“ gegenüberstehen. Das liegt wohl daran, dass Schatzl selbst zwölf Jahr lang im Bildungsministerium gewirkt hatte, bevor er 2012 die Leitung des Theresianums übernahm. Wenn Schulen mehr selbst entscheiden dürfen, freue ihn das ebenso wie die Aufwertung der Position des Schuldirektors. Einzig, dass die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen ausgeweitet werden soll, ist für Schatzl problematisch. „Damit könnte die AHS-Unterstufe gesprengt werden. In den Städten besteht die Gefahr, dass die Neuen Mittelschulen in ihrer jetzigen Form zu Restschulen verkommen“, betont er.

6. Was sagt die Direktorin einer Neuen Mittelschule?
Irene Daum sagt es offen: „Ich bin eine große Verfechterin der gemeinsamen Schule.“ Deshalb sei die Direktorin der NMS Kuchl umso enttäuschter, dass dieser Schultyp auch künftig nicht flächendeckend eingeführt, sondern nur die Modellregionen ausgeweitet werden. Auch die anderen Punkte überzeugen Daum, die schon seit 14 Jahren Schulleiterin ist, nicht. Schulautonomie? Habe sie längst, ebenso wie Internetausstattung an ihrer Schule. Wann die Schule beginnt und wann sie endet, könnten sich Eltern, Lehrer und Schüler schon heute gemeinsam aussuchen. Dazu, dass sie sich künftig Lehrer aussuchen, ja sie auch feuern können soll, sagt sie bloß: „Das glaube ich

nicht.“ Stattdessen hätte sie sich inhaltliche Vorgaben – wie eine neue Leistungsbeurteilungsverordnung – gewünscht, die regelt, wie Lehrer an Volksschulen, Neuen Mittelschulen und Gymnasien Schüler beurteilen sollen. Überhaupt: „In dieser Bildungsreform kommt das Wort Kind nicht ein einziges Mal vor.“

7. Was sagen die Vorarlberger Modellregion-Vorreiter?
Die schwarz-grüne Landeskoalition in Vorarlberg hat sich in ihrem Arbeitsprogramm auf den massiven Ausbau der gemeinsamen Schule festgelegt. Im Juli dieses Jahres haben dann alle Parteien im Vorarlberger Landtag einen Antrag mit dem Bekenntnis zur Einführung ei-



„Wir lassen uns nicht entmutigen.“

Bernadette Mennel, Landesrätin Vbg., ÖVP

ner gemeinsamen Schule in ganz Vorarlberg verabschiedet. Ein großes Forschungsprojekt hatte zuvor unter anderem festgehalten: „Das zweigliedrige System passt nicht mehr zur Schulrealität.“

Werden die ambitionierten Vorarlberger Pläne nun über den Haufen geworfen? „Wir lassen uns nicht entmutigen“, sagte die Vorarlberger ÖVP-Bildungslandesrätin Bernadette Mennel unmittelbar nach der Präsentation des 15-Prozent-Modellregionen-Plans der Bundesregierung.

„Man kann den Zug bremsen, aber man kann ihn nicht aufhalten“, sagt auch der grüne Landesrat Johannes Rauch zu den SN. Das Vorarlberger Projekt sei ohnedies immer auf sechs bis acht Jahre ausgelegt gewesen. „Wir halten an unseren Plänen fest.“ Dazu gehöre es, juristisch und verfassungsrechtlich zu prüfen, welche Weichenstellungen nun notwendig seien.

8. Was sagen die Gewerkschafter?

Paul Kimberger, Chef der Pflichtschullehrergewerkschaft, nennt die Bildungsreform ambitioniert. Sein Kollege von der AHS-Lehrergewerkschaft, Eckehard Quin, spricht hingegen von einer „Schuldiktatur à la Nordkorea“. Warum, ist klar: Die Pflichtschullehrer profitieren von mehr gemeinsamer Schule, an der sie (theoretisch) zusammen mit AHS-Lehrern unterrichten. Die AHS-Lehrer hingegen fürchten, dass dadurch die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen abgeschafft wird. Für die Bundeshauptstadt rechnet Wiener Bürgermeister Michael Häupl jedenfalls mit der Umstellung auf eine Mittelschule für alle ab dem Jahr 2025.

9. Was sagen die Elternvertreter?

Theodor Saverschel, Präsident des Bundesverbandes der Elternvereine, hält die Verbesserungen im Kindergarten und mehr Autonomie für die einzelnen Schulen jedenfalls für positiv. Neben mangelnder Einbindung der Schulpartner in den Reformprozess kritisiert er, dass die Standorte künftig mit weniger Geld alleingelassen würden. „Die Mängelverwaltung wird an die Schulstandorte delegiert.“ Konkret müsste künftig auch zusätzliches Unterstützungspersonal (Psychologen oder Sozialarbeiter) aus einem ohnedies zu kleinen Budgettopf bezahlt werden. Dass Schulen „mit der Brechstange“ in eine Gesamtschule umgewandelt werden sol-

len, widerspreche zudem der neuen Autonomie. Saverschel: „Wie passt das zusammen?“

10. Was sagen die Wirtschaftsvertreter?

Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Christoph Neumayer, ortet großen Diskussionsbedarf – vor allem im Bezug auf die Beschränkungen der Modellregionen für eine gemeinsame Schule bis 14, die ein Kernanliegen der IV ist. Dass diese in jedem Bundesland nicht mehr als 15 Prozent aller Standorte pro Schulart sowie 15 Prozent aller Schüler je Schulart umfassen dürfen, sei „ein Affront“ gegenüber der Landesregierung Vorarlbergs, die diese Schulform flächendeckend einführen möchte.

Daten & Fakten Das österreichische Schulsystem

Rückläufige Schülerzahlen
Die Statistik Austria hat in ihrem im April veröffentlichten Bericht „Bildung in Zahlen 2013/14“ 1.134.863 Schüler in allen Schultypen ausgewiesen. Im Schuljahr 2000/2001 waren es österreichweit 1.231.188 Schüler.

Landes- und Bundeslehrer
Im Schuljahr 2013/2014 gab es insgesamt 117.668 Lehrpersonen im Schulwesen. Landeslehrer (Pflichtschullehrer) sind vor allem die rund 76.000 Pädagogen an den Volks-, Haupt-, Sonder-, Polytechnischen- und Berufsschulen. Ihr Dienstgeber ist das jeweilige Land – finanziert werden sie fast vollständig vom Bund. Bundeslehrer sind vor allem die rund 22.500 Pädagogen an den AHS und Ihre ebenfalls rund 22.500 Kollegen an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS). Die Trennung in Bundes- und Landeslehrer bleibt auch nach der aktuellen Bildungsreform bestehen.

Gestiegenes Bildungsniveau
15,9 Prozent der Österreicher weisen einen akademischen Abschluss auf (1981: 4,5%). 19,1 Prozent verfügen heute höchstens über einen Pflichtschulabschluss (1981: 46%).

Geringe Bildungsmobilität
Bildung und Nicht-Bildung werden nach wie vor quasi vererbt. So erreichen Kinder der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen zu 55,8 Prozent einen Hochschulabschluss, wenn sie Akademikerhaushalten entstammen, aber nur 6,6 Prozent jener Kinder, deren Eltern als höchste Ausbildung einen Pflichtschulabschluss aufweisen. 27,3 Prozent der Kinder aus einem Elternhaus mit höchstens Pflichtschulabschluss in dieser Altersgruppe erreichen selbst nur einen Pflichtschulabschluss (Akademikerkinder 5,1%). Über die Generationen hat sich das nur leicht verbessert.

Kleinere Klassen
Saßen im Schuljahr 2006/07 noch 16,1 Prozent der Volksschulkinder in

Klassen mit mehr als 25 Schülern, waren es 2013/14 nur noch 0,7 Prozent. In Hauptschulen bzw. Neuen Mittelschulen sank der Anteil von 35,3 (2006/07 gab es nur Hauptschulen) auf 1,6 Prozent, in den AHS-Unterstufen von 77,3 auf 29,7 Prozent.

Jede zehnte Schule ist privat
Bei knapp einem Zehntel der mehr als 6000 Schulen in Österreich handelt es sich um Privatschulen.

AHS-Matura bedeutet Studium
85,8 Prozent der AHS-Maturanten beginnen innerhalb von drei Jahren ein Studium an einer österreichischen Hochschule. Bei BHS-Maturanten sind es nur 53,6 Prozent.

Hauptschule ade!
Das Schuljahr 2015/2016 brachte den Anfang vom Ende der Hauptschule: Seit heuer sind alle ersten Klassen der Hauptschule auf Neue Mittelschulen umgestellt. 2018/19 wird somit die Umwandlung in allen vier Klassen vollzogen sein.